

## Arbeitsreform jetzt durch Dekret Nach dem neuerlichen Scheitern in der Abgeordnetenkommission

Am Mittwoch versuchte der Justizialismus zum zweiten Mal die Arbeitsreform in der Abgeordnetenkommission durchzubringen. Obwohl der PJ 115 Abgeordnete in den Saal brachte, darunter zehn Alliierte von kleinen Parteien schaffte er das Quorum nicht, da die Allianz und die anderen Provinzparteien nicht in den Saal kamen. Das Quorum erfordert die Teilnahme von 129 anwesenden Abgeordneten.

Das einzige Einverständnis zwischen dem Lager des PJ und dem der Allianz betrifft die Ablehnung der vom Weltwährungsfonds vorgeschlagenen Änderungen bei den Probezeiten und den Betriebstarifverträgen. Die hauptsächlichsten Punkte des Gesetzesprojektes sind:

\* Entschädigungen werden auf 2,5 Arbeitstage oder 8,3 Prozent des Gehaltes pro Monat Firmenzugehörigkeit für die Arbeitnehmer mit neuen Verträge festgesetzt.

\* Betriebstarifverträge: Kommt es zu keiner Einigung zwischen den Parteien, wenn ein Betriebstarifvertrag ausläuft, bleibt dieser automatisch für ein weiteres Jahr in Kraft (ultraactividad).

\* Vorankündigung: Für eine Firmenzugehörigkeit von zwischen 30 Tagen und drei Monaten kommt eine Vorankündigungszeit (Kündigungszeit) in Frage, ein Monat für weniger als fünf Jahre Firmenzugehörigkeit und zwei Monate bei mehr als fünf Jahren.

\* Verhandlung: Obliegt der zuständigen Gewerkschaft.

\* Förderarbeitsverträge (contratos promovidos): Das Projekt sieht ihre Abschaffung vor und die laufenden behalten ihre Gültigkeit bis

Vertragsende.

\* Probezeit: Wird auf 30 Tage mit teilweiser Zahlung von Sozialabgaben festgesetzt und ohne Anrecht des Arbeitnehmers auf Entschädigung. Kann mittels der Kollektivarbeitsverträge bis auf sechs Monate ausgedehnt werden, mit Zahlung der Sozialabgaben und dem Recht auf 50 Prozent der Entschädigung im Fall von Entlassung.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorgänge in der Abgeordnetenkommission reagierte die Regierung. Präsident Carlos Menem erklärte am Donnerstag in der Kabinettsitzung, dass die Regierung nicht länger auf den Kongress warten werde und die Arbeitsreform nun per Dringlichkeitsdekret erfolge. Zuvor hatte Menem die Schilderung der düsteren Aussichten des von Arbeitsminister Antonio Erman González stammenden Projektes im Kongress über sich ergehen lassen müssen. Die Entscheidung hängt jedenfalls aber auch mit dem präsidialen Ärger über den Kongress und die Unfähigkeit der Fraktion zusammen, ein Quorum zustandezubringen. Allerdings wurde der Regierung klar, dass eine Sitzung ohne die Allianz nicht möglich ist. Eduardo Camaño, Duhaldeanhänger und Künstler in der Disziplin, Abgeordnete in den Saal zu „schleifen“, versicherte gegenüber Innenminister Carlos Corach, dass der PJ höchstens noch sechs Abgeordnete zusätzlich aktivieren könne. Das reiche aber auch noch nicht für die Verabschiedung der Reform. Auch dies trug zur Entscheidung Menems bei.

## Wasserfälle von Iguazú in Gefahr Brasilianer wollen Stausee füllen / 60 Tage fast ohne Wasser

Die Provinz Misiones hat um die Vermittlung des Aussenministeriums gebeten, damit Brasilien nicht den Wasserstand des Río Iguazú senkt, um das dort erbaute Wasserkraftwerk zu füllen. Unmittelbare Folge wäre ein künstlich produzierter Wassermangel in den Wasserfällen von Iguazú. Tatsächlich würden die Wasservorhänge vor den grossen Basaltwänden verschwinden, die ein Produkt der Abkühlung von glühender Lava waren, die im Jurazeitalter anderthalb Millionen Quadratkilometer bedeckte.

Die Brasilianer planen ihren Stausee in Caxías, 150 Kilometer von der argentinischen Grenze entfernt, mit einer Grösse von

14.000 Hektar, von September bis November zu füllen. Das Wasservolumen des Flusses würde dadurch von 1200 auf 200 Kubikmeter sinken. Der Ökologeminister von Misiones, Luis Rey, stellte seinen Antrag bei der Verantwortlichen für Umweltfragen, Elsa Kelly. Bei deren Konsultation mit den zuständigen brasilianischen Behörden erklärten diese, ein Niveau von 200 Kubikmetern sei überhaupt kein Anlass zur Besorgnis. Rey forderte darauf energischere Schritte.

Tatsache ist, dass wenn die Brasilianer auf ihrem Vorhaben beharren, sich das Panorama von 1978 wiederholen würde, als die Wassermenge unter 100 Kubik-

meter sank. Der unter den Fällen gelegene Teil trocknete fast vollständig aus und zeigte sich am Ende als Phänomen, das viele Touristen anzog, die die von der Trockenheit und der Manipulierung durch den Menschen besiegten Fälle sehen wollten. Rey erklärte, Misiones könne keinesfalls damit einverstanden sein, dass der Wasserstand des Iguazú auf einen Sechstel verringert werde. Die Naturschutzstiftung Vida Silvestre wies darauf hin, dass dies schädlich für die Fische sei.

Caxías ist das sechste Stauwerk in dem Argentinien nahegelegenen Gebiet. An dem Río Iguazú liegen bereits die Wasserkraftwerke Foz de Areia, Segredo,

Santiago und Osorio. Rey weist darauf hin, dass die Brasilianer zwar 50 Prozent über dem niedrigsten Wasserstand garantieren, was eben 78 Kubikmeter wie 1978 bedeute. Dies aber bedeute, dass Brasilien sich nicht einmal dazu verpflichtete, die 200 Kubikmeter aufrechtzuerhalten. Andererseits aber, so Rey, wenn die Brasilianer Wasser ablassen wollen, machten sie sich keine Gedanken über die Folgen und liessen 32.000 Kubikmeter pro Sekunde ab, weitaus mehr also als dem jährlichen Durchschnitt von 1400 Kubikmetern, der 1983 die Touristenstege wegriss.

## Verfahren wurde eingestellt

Die Justiz hat jetzt ein Verfahren gegen den Ex-Gouverneur und jetzigen Senator Carlos Reutemann (PJ-Santa Fe) wegen erwiesener Unschuld eingestellt. In dem Verfahren war Reutemann vorgeworfen worden, anlässlich seiner Wahl zum

Gouverneurein ein Schweizer Bankkonto in seiner Vermögenserklärung nicht angegeben zu haben.

Der mit der Untersuchung des Falls betraute Richter Julio Rondina erklärte in seiner Begründung, Reutemann habe

sich, als er sein Amt antrat, in keiner Weise strafbar gemacht. Ganz im Gegenteil habe Reutemann die gesetzlichen Verpflichtungen alle erfüllt und auch dieses Konto angegeben, wie der Richter in Santa Fe versicherte.

**e-mail im  
Argentinischen  
Tageblatt**

**Die neuen Adressen**

**e-mail:**

**info@tageblatt.com.ar**

**Internet:**

**www.tageblatt.com.ar**

## Menem als Parteipräsident

**A**ls Dr. Carlos Saúl Menem im Juli 1989 sein Amt als Landespräsident antrat, hatte er den Vorsitz seiner Justizialistischen Partei nicht inne. Indessen gelang es ihm, später als Vorsitzender des Parteivorstandes („consejo“) ernannt zu werden, der die exekutiven Aufgaben der Partei ausführt. Sein damaliger Formelpartner und Vizepräsident Eduardo Duhalde übernahm den Vorsitz des Parteitag („congreso“), der sich mit Parteiprogrammen befasst.

Mit dieser Doppelpräsidentschaft des Vorstandes bzw. des Parteitags kümmerte sich die Partei um die zahlreichen Wahlfeldzüge, die seit 1989 stattgefunden haben. Gewählt wurden jeweils landesweit nicht nur Präsident und Vizepräsident im Mai 1995, sondern auch Deputierte des nationalen Kongresses, jeweils zur Hälfte alle zwei Jahre, Parlamentarier der Provinzlegislativen und der Gemeinderäte ebenfalls alle zwei Jahre sowie Gouverneure und Bürgermeister alle vier Jahre, abgesehen von verfassungsgebenden Versammlungen der Nation (1994) und nahezu aller Provinzen.

Ein dermassen gewaltiges Wahlpensum überfordert vielfach eine Partei, die angibt, fünf Millionen Mitglieder zu zählen, aber in Wahrheit fühlbar weniger ausweist, sicherlich mehr als drei Millionen. Die Mitglieder argentinischer Parteien zahlen freilich nur ausnahmsweise die Beiträge, wogegen sie mit der Mitgliedschaft ihre politische Loyalität zwecks Stimmabgabe für ihre Kandidaten bekennen und gelegentlich Hilfeleistungen bei Amtsvorgängen für Zulassungen von Unternehmen, Subventionen, Staatsposten, Krankheitshilfen in öffentlichen Hospitälern, Alters- oder Invalidenrenten und dergleichen erwarten. Siegreiche Parteien geniessen hierbei mehr Möglichkeiten, ihren treuen Mitgliedern behilflich zu sein, zumal wenn mit Postenvergabe parteipolitische Patronage betrieben wird.

Der Öffentlichkeit gegenüber tritt die Partei indessen selten auf. Die Sitzungen des Vorstandes werden überhaupt nicht beachtet, sofern sie überhaupt stattfinden, werden doch die meisten Amtsvorgänge formell erledigt, ohne dass die Vorstandsmitglieder tagen müssen. Der Parteitag kommt ebenfalls selten zusammen und befindet über politische Fragen, die gerade akut sind.

Zum letzten Mal wurden Menem und Duhalde auf ihren Vorstandsposten bis Mitte 2000 ernannt. Obwohl dies sonnenklar ist, regt sich Menem neuerdings mit der Initiative, dass er sein Mandat als Vorstandsvorsitzender der Partei bis 2003 ausüben möchte. Hierfür wurde ein ausserordentlicher Parteitag einberufen, der am 17. Juli in Parque Norte allerdings mit der Anwesenheit von nur knapp über 400 Mitgliedern einstimmig die Neuwahl des Vorstandsvorsitzenden Menem bis 2003 beschloss. Hierfür soll am kommenden 4. Oktober im Parteitag gewählt werden. Ende 2003 läuft die kommende Amtsperiode des Präsidenten ab. Menem plant, sich abermals als Kandidat seiner Partei zu stellen, was die Verfassung nach Ablauf einer Amtsperiode zulässt. Als Vorstandsvorsitzender wäre er sicherlich in günstigerer Ausgangsposition hierfür denn als einfaches Parteimitglied. Hiergegen opponiert Duhalde. Der mächtige Gouverneur der Provinz Buenos Aires hatte schon vor Monaten gesagt, dass er sich als Kandidat der Justizialistischen Partei nur verstehe, sofern er auch Vorstandsvorsitzender der Partei sei, weil damit der Wahlfeldzug einhergehe. Insofern hatte er mit einem Wink mit dem Zaunpfahl gegen Menem opponiert und unterschwellig dessen Demission oder Absetzung als Vorstandsvorsitzender empfohlen. Statt dessen tritt Menem genau für das Gegenteil ein, nämlich die Neuwahl bis 2003. Duhalde hat inzwischen seinen Wunsch fallengelassen, die Nachfolge Menems als Vorstandsvorsitzender als Bedingung für seine Kandidatur anzutreten. Hingegen steht er nach wie vor auf dem Standpunkt, dass Menem diese Aufgabe bis 2000 auszuüben habe, ohne

dass eine Neuwahl vorgezogen werden müsse. Duhalde erwartet offenbar, dass ihm dieser Parteiposten von allein zufällt, sollte er als Präsident der Nation gewählt werden, so dass er auch für die Wiederwahl im Jahr 2003 mit deutlichem Parteirückhalt kandidieren könnte.

Duhalde weiss offenbar als altgedienter Peronist, dass er als gewählter Staatspräsident baldigst auch die Partei regieren könnte. In der Justizialistischen, vormals Peronistische Partei ist es fünfzigjähriger Usus, dass der Landespräsident den Parteivorsitz ausübt. Bei den Radikalen oder anderen Parteien mag die Trennung zwischen Staatspräsident und Parteivorsitzendem durchaus möglich sein und ist auch praktiziert worden. Balbín war beispielsweise Parteichef unter Präsident Illia. Alfonsín strebt das Parteipräsidium wieder für November 1999 an, so dass ihm in der Person von Fernando de la Rúa gegebenenfalls ein Präsident der gleichen Partei gegenüberstünde. Im Peronismus, der stets dazu neigt, dem jeweiligen Parteiführer als Landespräsident die Fülle der politischen Macht zuzuspielen, gelten andere Massstäbe.

Menem hingegen will mit dieser Tradition brechen, sollte Duhalde, Ortega, Cafiero oder wer auch immer, die Wahlen gewinnen, in welcher Hypothese er als Vorstandsvorsitzender weiterhin einen Machthebel innehatte. Sollten umgekehrt die Allianzpolitiker die nächstjährigen Präsidentenwahlen gewinnen, dann würde Menem als Vorstandsvorsitzender der Justizialistischen Partei automatisch zum Oppositionschef gestempelt werden. Immerhin würden dann die Peronisten weiterhin eine eigene Mehrheit im Senat mustern, in der Deputiertenkammer möglicherweise die erste Minderheit bilden oder schlimmstensfalls knapp der Allianz folgen, sowie die Regierungsgeschäfte in 15 Provinzen mit unterschiedlichen Mehrheits- und Minderheitsverhältnissen in allen Provinzparlamenten sowie Gemeinderäten führen. Ein aktiver Vorstandsvorsitzender, wie es Menem sicherlich wäre, kann solche Machthebel bei Gelegenheit spielen lassen und im Machtspiel der Nation weiterhin mitmachen.

Vorläufig geht es um den Machtkampf zwischen Menem und Duhalde innerhalb der Partei. Duhalde hat den ausserordentlichen Parteitag vor Gericht beanstandet und macht beim einberufenen Parteitag vom 4. Oktober nicht mit. Wie dieser Streit vor der Justiz ausgehen wird, lässt sich vorerst nicht vorwegnehmen. Möglicherweise kann es auch einen Kompromiss geben, hat doch Senator und Exgouverneur Carlos Reutemann von Santa Fe sich dafür ausgesprochen, Menem bis 2003 zu ernennen. Reutemanns Mannen waren dem ausserordentlichen Kongress ferngeblieben, der sich als Pyrrhussieg erwiesen hat und unter anderem Menem dazu bewog, auf die erneute Wiederwahl als Kandidat Verzicht zu üben. Duhalde braucht Reutemann als Formelpartner oder, sollte der Senator wieder das Gouverneursamt seiner Partei anstreben, als Helfer für die Wahl.

Der Verzicht Menems hat ihm sichtlich Macht und Einfluss abgenommen. Der Kongress bockt und verzögert die Verabschiedung wichtiger Gesetze. Die Parteiführer schauen neuerdings intensiver in Richtung Duhaldes, wo sie Unterstützung für ihre eigenen Wahlkämpfe erwarten, stehen doch im Oktober 1999 viele tausende Wahlämter zur Bestellung bereit. Arbeitsminister Erman González hat diese Machteinbusse als Einstellung der Öffentlichkeit bereits am Rundfunk festgestellt. Man darf deshalb Überraschungen erwarten, wenn die Partei sich um ihre Führung kümmert und gelegentlich, spätestens am 11. April 1999, in einer landesweiten Internwahl ihre Formelpartner kürt. Unterdessen wartet man gespannt der Dinge, die da kommen sollen.

# Senat verabschiedet Ethik-Gesetz

## Das geänderte Projekt geht zurück in die Abgeordnetenkommission

Der Senat verabschiedete am Mittwoch abend das Gesetzesprojekt über Ethik im öffentlichen Amt, das Haftstrafen von einem bis zu sechs Jahren für Inhaber von öffentlichen Ämtern und Beamte vor sieht, die Geld oder Geschenke für Entscheidungen annehmen.

Erfolgte die Forderung oder der Erhalt von Geld jedoch durch einen Staatsanwalt oder Richter, beträgt die Haftstrafe zwischen vier und zwölf Jahren und zusätzlich die Erklärung der dauernden Nichtbefähigung für die Ausübung öffentlicher Ämter.

Die Initiative wurde in sieben Sitzungen behandelt und war am 1. Juli generell akzeptiert worden, doch wurde die Verabschiedung der Artikel mehrfach vertagt. Der Grund dafür waren die unterschiedlichen Auffassungen zwischen den einzelnen Sektoren des Senats hinsichtlich des Gesetzesinhaltes.

Der Gegenstand der Norm, der die heftigste Polemik hervorrief, war die Verpflichtung zur Vorlage eidesstattlicher Erklärungen durch die Mitglieder der Exekutive, des Kongresses und der Justiz. Diese

Forderung bewirkte eine Konfrontation zwischen Peronisten und Radikalen, weil die PJ-Fraktion den von der Abgeordnetenkommission verabschiedeten Text änderten.

Die PJ-Senatoren schrieben nämlich in das Projekt hinein, dass die Publikation der ranghöchsten Staatsbeamten im Amtsblatt nur teilweise erfolgen sollte. Die PJ-Senatoren akzeptierten, dass veröffentlicht werden sollte, wer seine Erklärung eingereicht habe. Die detaillierte Erklärung über das Vermögen aber soll einer erst noch zu schaffenden Ethikkommission zur Aufbewahrung übergeben werden.

Die Radikalen traten erfolglos für die Verabschiedung des von der Abgeordnetenkommission akzeptierten Textes ein, der eine komplette Veröffentlichung der Vermögenserklärungen im Amtsblatt vorsah. Jetzt aber, nach der Verabschiedung durch die Senatoren, müssen Bürger, wenn sie die Zusammensetzung des Vermögens der Inhaber von Staatsämtern kennenlernen wollen, dies offiziell beantragen und eine ganze Serie von Auflagen erfüllen.

# Neue Sorgen für Augusto Alasino

## Unerklärlicher Besitzstand in Höhe von drei Millionen Dollar

Wenn der Justiz neue Erkenntnisse vorliegen, könnte das vorläufig eingestellte Verfahren gegen den justizialistischen Senator Augusto Alasino wegen unrechtmässiger Bereicherung wieder aufgerollt werden. Das Verfahren war am 20. Mai von der Staatsanwältin Milagros Squivo vorläufig zu den Akten gelegt worden. Der Betreiber der Wiedereröffnung ist der radikale Ex-Provinzabgeordnete Adolfo Lafourcade, der als Privatkläger bei Bundesrichter Juan José Papetti in Concepción del Uruguay auftritt.

In einem umfangreichen Schriftstück zur Klage, das von den beiden Juristen der UCR, Octavio Gauna und Ricardo Gil Lavedra erstellt wurde, wird die Untersuchung von Häusern des polemischen Senators beantragt. Es handelt sich dabei um die Anwesen in Punta del Este und in Córdoba - in letzterem wohnt ein Bruder Alasinos. Alasino, PJ-Fraktionschef im Senat, will für das Gouverneursamt in Entre Ríos kandi-

dieren und hat in den letzten Tagen seinen „Privatkrieg“ mit der Presse, die laufend in der Affäre herumstochert, intensiviert.

Der Fall kam im August 1996 auf Grund einer Veröffentlichung in dem in Paraná erscheinenden Wochenblatt „Análisis“ ans Licht. Es handelte sich dabei um den Herrschaftssitz von Alasino, ein Haus im Wert von 700.000 Pesos. Wie aus der Justizuntersuchung - sie füllt 700 Aktenseiten - hervorgeht, besitzt der Senator Güter im Wert von rund drei Millionen Dollar. Jedenfalls ein Betrag, der mit seinen anerkannten Einkünften nicht zu erlangen ist. Die Umstände aber begünstigten Augusto José María Alasino. Am 1. April musste ein Bundesrichter, der sich zu sehr in der Untersuchung hervortat, seinen Schreibtisch räumen. Der neue Richter hiess Juan José Papetti, und dieser legte nach der Entscheidung Squivos den Fall ad acta. Die Staatsanwältin erkannte ihre Unfähigkeit, die Gütersituation von Alasino klarzustellen, mit einer zumindest ungewöhnlichen Begründung an: „Es handelt sich um eine natürliche Person und sie führe deshalb nicht Buch über ihre Ausgaben.“

# Skandal um Neonazis

## Man traf sich im Colegio La Salle

Eine Gruppe von Ideologen des internationalen Neonazismus versammelte sich am letzten Wochenende in einem Saal im Colegio La Salle, den die Herren unter Vorsegung eines Treffens von Historikern gemietet hatten. Diese Operation war von Roberto Rego, dem Besitzer der Buchhandlung Huemul durchgeführt worden, während die „Öffentlichkeitsarbeit“ für das „Ereignis“ dem militanten Skinhead Alejandro Franze unterstand. In einem Pressecommuniqué, das verschiedenen Zeitungsredaktionen am Freitag vergangener Woche mittels Fax zugeht, verkündete Franze die Eröffnung des „Ersten Treffens des National-Sozialismus in Argentinien“. An diesem, so hiess es weiter, würden „namhafte Kameraden und Persönlichkeiten des Auslands und Repräsentanten verwandter Gruppen aus Chile, Uruguay, Brasilien, Deutschland, Spanien und Italien teilnehmen“. Tatsächlich fand das Treffen am Samstag und Sonntag statt. Der Generaldirektor der Schule, Néstor Rivet, fiel am Montag aus allen Wolken, als der Vertreter einer namhaften Zeitung in Buenos Aires ihn dazu interviewen wollte. „Da nahmen rund 50 Personen teil, alle älter als sechzig“, sagte Rivet und äusserte sein Unbehagen. „Man hat uns hintergangen und unseren guten Glauben missbraucht. Sie mieteten den Saal mit der Erklärung, es sei für die Vorstellung einiger Geschichtsbücher und veranstalteten dann einen Nazi-Kongress. Hätten wir das gewusst, wären sie von uns angezeigt worden“, versicherte Rivet. Die Regierung ihrerseits spielte das Treffen herunter und Innenminister Carlos Corach erklärte, es drehe sich da nur um eine verschwindende Minderheit, die allerdings sehr aktiv sei. „Das überrascht niemand, denn die Aktivitäten dieser Personen sind ausreichend bekannt“, stellte Corach fest.

# Peronismus-Internwahlen

„Menems Führung“ (Menem Conducción) ist der Name der Liste für die Internwahlen des PJ am 4. Oktober, deren erster Platz Menem vorbehalten ist und die am Dienstag im Justizialistischen Nationalrat präsentiert werden soll. Nach dem Scheitern aller Manöver zur Ermöglichung einer neuen Kandidatur bleibt Menem immer noch die Bestätigung seiner Führung im PJ. Die Vorstellung erfolgt 48 Stunden vor Ablauf der Frist für die Registrierung der Listen, die an den Wahlen zur Erneuerung der Parteiämter teilnehmen sollen. Alles scheint darauf hinzuweisen, dass niemand Menem die Führungsrolle streitig machen wird und dass die menemistische Liste konkurrenzlos bleibt.

Die Unbekannten sind andere: Einerseits ist die Frage, wie Eduardo Duhalde angesichts einer Internwahl reagieren wird, die er jedes Mal, wenn er vom Nationalkongress des PJ, der Mitte Juli im Nordpark tagte, dazu eingeladen wurde, als „illegal“ bezeichnet hatte. Der Duhaldismus hatte dazu erklärt, der Kongress habe in irregulärer Form getagt.

Der andere Punkt ist, wer Carlos Menem in der Führung des PJ zur Seite stehen wird. Parteisprecher liessen verlauten, dass der Senator Carlos Reutemann und der Sekretär für Sozialentwicklung Palito Ortega (in dieser Reihenfolge) die Anwärter mit den grössten Chancen für das Vizeamt seien.

Tatsache ist, dass der Gouverneur wiederholt verkündet hatte, die Internwahlen am 4. Oktober, (ausschliesslich für Parteimitglieder des ganzen Landes) „werden nicht stattfinden“. Etwas ähnliches erklärte Duhalde hinsichtlich der offenen Internwahlen am 11. April des kommenden Jahres, in deren Rahmen der PJ-Kandidat gekürt wird, den er ist überzeugt davon, dass er 1999 keine Rivalen für seine Kandidatur haben wird.

# Fahrradwege im Süden vor Eröffnung

## Von Av. Roca und Escalada bis zur Vuelta de Rocha

Am Ende des Monats, am 30. August, will die Stadtregierung den Südtel des Fahrradwegnetzes von Buenos Aires eröffnen. Es dreht sich dabei um 17,8 Kilometer, die von den Avenidas Roca und Escalada bis zur Vuelta de Rocha im Stadtteil Boca reichen. Dort trifft der Südabschnitt des Netzes auf den im Bau befindlichen Costanera-Abschnitt, das heisst den Teil, der am Fluss entlang bis in die Gegend des Saavedra-Parkes führen wird. Mit dem Südabschnitt wird die Stadt mehr als 25 Kilometer Fahrradwege haben, da die 17,8 Kilometer zu den acht Kilometern kommen, die bereits in den „bosques de Palermo“ (Wäldern von Palermo) in Betrieb sind. Bis Ende des Jahres hofft die Stadtregierung diese Zahl auf insgesamt 60 Kilometer erhöhen zu können.

In die Erstellung des Südabschnitts, der durch die Stadtteile Villa Lugano, Villa Soldati, Pompeya, Parque Patricios und Barracas führt, investierte die Stadt 600.000 Pesos. Er sollte ursprünglich bereits im März eröffnet werden, doch wurden die Arbeiten nach Angaben der Direktion für öffentliche Bauten seit Ende 1997 durch das schlechte Wetter immer wieder verzögert. Wie verlautet, mussten die Arbeiten für jeden Regentag um drei Tage aufgeschoben werden.

„Am Tag der Eröffnung wird die Ausschreibung für den Bau der ersten Etappe der „bicisenda interparques“ (Fahrradweg, der die grossen Parks verbindet) erfolgen. Dieser erste Teil führt von der Avenida del Libertador und García del Río bis zum Parque del Centenario. Die Arbeiten sollen im Oktober beginnen und fünf Monate dauern“, erklärte dazu Gabriel Ciribeni von der Stadtregierung vor der Presse.

Der erste Abschnitt dieses „parkverbindenden“ Fahrradweges umfasst eine Strecke von fast sechs Kilometern. Der zweite Abschnitt, der dann vom Parque del Centenario bis zum Parque de la Ciudad führt und die Verbindung zum Südabschnitt darstellen wird, und seine Verwirklichung ist erst für das erste Halbjahr des kommenden Jahres vorgesehen. Entsprechend amtlichen Statistiken benützen derzeit täglich zwischen 4000 und 5000 Personen den Fahrradweg der Avenida Figueroa Alcorta. An Samstagen sind es rund 6000 und an Sonnta-

gen bis zu 17.000.

Aber auch die negative Seite kann nicht fehlen. In den vergangenen Wochen häuften sich die Anzeigen von Radfahrern, die im Bereich des Parque Thays auf dem Fahrradweg überfallen und beraubt wurden, der hinter dem städtischen Ausstellungszentrum und der Rechtsfakultät verläuft. Andererseits sind manche Bereiche, in denen mehr Verkehr und mehr Bewegung herrscht, für Radfah-

rer auch nicht ungefährlich wegen der Nähe der Autos. Daher will die Stadt jetzt in dem Abschnitt der Figueroa Alcorta zwischen Dorrego und La Pampa einen parallelen Fahrradweg einrichten. Wenn am Sonntag, dem 30. August, der Südabschnitt des Fahrradwegnetzes eröffnet wird, werden unter den Radfahrern Helme und „Katzenaugen“ (das sind kleine Reflektoren, die, im Dunkeln angestrahlt, „glühen“ wie

Katzenaugen, auch im Spanischen „ojos de gatos“) verteilt. Daneben erhalten die Drahteselbenutzer auch einen „Kleinen Führer für den Stadtradfahrer“, der von der Stadtregierung zusammen mit dem Institut für Verkehrssicherheit erarbeitet wurde. Ausserdem sollen Einrichtungen, wo Fahrräder aufbewahrt werden, an den U-Bahnhaltestellen in der Nähe der Fahrradwege geschaffen werden.

## Palitos Debut im Luna Park

Ramón „Palito“ Ortega hat sich entschieden. Am 8. Oktober will der Ex-Gouverneur von Tucumán mit seiner Präsidentschaftsvorkandidatur für den PJ im Luna Park debütieren, wo er mit 12.000 Teilnehmern rechnet. Mit diesem Vorgehen verfolgt Palito

zwei Ziele. Einerseits will er seinem Rivalen in der Internwahl, Eduardo Duhalde, der seine Premiere für den 17. Oktober im Rahmen einer Grossveranstaltung auf der Plaza de Mayo angesagt hat, einen Schritt zuvorkommen. Andererseits aber will er auch

klar machen, dass er keinesfalls die Absicht hat, das Rennen vor der Parteiwahl am 11. April 1999, in der der PJ-Kandidat gekürt werden soll, aufzugeben. Anderthalb Monate nach der Veranstaltung im Luna Park, Ende November, wird Palito sein Sekretariat für Sozialentwicklung aufgeben. Dies gab er selbst vor drei Wochen bekannt. Erst in der vergangenen Woche fiel nach mehreren Treffen mit seinen Beratern und einigen Beamten der Nationalregierung die Entscheidung. Unter anderem war auch die Möglichkeit einer ausgedehnten Kampagnenkarawane durch die bonaerenser Stadtumgebung, dem Herz der politischen Kraft Duhaldes, erwogen worden. Spruchreif war die Version des Aktes am 8. Oktober am Dienstag der vergangenen Woche während eines Abendessens im Haus des Abgeordneten Daniel Scioli geworden, an dem rund 20 menemistische Senatoren und Abgeordnete teilnahmen. Am Tag danach wurden bei einem Treffen, an dem auch Innenminister Carlos Corach, der Senator Jorge Yoma und der Parteimanager Juan Carlos Mazzón teilnahmen, die letzten Einzelheiten festgelegt. Wenn der bonaerenser Gouverneur den historischen 17. Oktober für sein Debut wählte, so stand Palito ihm nicht nach. Er wählte den 8. Oktober, an dem, allerdings vor mehr als 100 Jahren, wurde nämlich keine geringere Persönlichkeit als Juan Domingo Perón geboren.

## Jorge Yoma vs. Augusto Alasino

Die Beziehungen zwischen den beiden justizialistischen Senatoren Jorge Yoma und Augusto Alasino kann man derzeit zumindest als gespannt bezeichnen. „Es mangelt ihm an Ausgeglichenheit und Würde“, war die Einschätzung, die der Menemist Yoma dem Fraktionschef Alasino widmete. Yoma war nach den als Folge des Verzichtes von Carlos Menem auf weitere Bemühungen für die Wiederwahl vorgenommenen Umbesetzungen an den Rand geschoben worden. Aber viel mehr noch hatte Yoma die Einordnung mehrerer Senatoren hinter dem bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde unwirsch gemacht. Unter ihnen, so Yoma, seien Alasino, Vizefraktionschef Remo Constanto und Ricardo Branda. Am 21. Juli, dem gleichen Tag, als der präsidentiale Verzicht bekannt wurde, kürte die Fraktion Alasino und Branda als Repräsentanten für den Richterrat, das Gremium, das für die Wahl der Richter zuständig ist. Yomas Wunsch, in den Rat einzuziehen, zerschlug sich so und er beklagte sich dann darüber, dass bei der Abstimmung 15 Kollegen gefehlt hätten. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur DyN ging Yoma noch weiter, indem er feststellte, „das Vorgehen von Alasino zeigt ein ungewöhnliches, unverständliches und massloses Interesse an dieser Position“. Dessen Arbeit als Fraktionsführer, fügte Yoma hinzu, beinhalte auch schwerwiegende Fehler, die Probleme im innerparteilichen Nebeneinander bewirkt hätten. Yoma zog es andererseits vor, sich zur Internwahl des PJ nicht zu äussern und anerkannte „politische Sympathien“ für Ramón „Palito“ Ortega, während er an die Adresse Duhaldes gerichtet, diesem empfahl, die Themen seiner Wahlkampagne zu überdenken. Auch gegen die Allianz zog Yoma vom Leder, versicherte, dass sie nichts besser machen würde, wenn sie an die Regierung komme und bezeichnete deren „Brief an die Argentinier“ als bedauerlich.

## ADLER, HASENCLEVER Y ASOCIADOS

WIRTSCHAFTSPRUEFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT  
UNTERNEHMENSBERATUNG

*seit über 30 Jahren für mittelständische Unternehmen tätig*



SAN MARTIN 575, 2° ST.  
(1004) BUENOS AIRES

Tel: (00541) 393-6680  
FAX: (00541) 325-6989  
post@adlerhas.com.ar  
www.adlerhas.com.ar

# DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

## Einladung für Menem

Präsident Carlos Menem wurde am Mittwoch vom Präsidenten des französischen Senats, René Monory, eingeladen, im Rahmen seines Frankreichbesuches vom 13. bis 16. Oktober einen Vortrag vor den französischen Parlamentariern zu halten. Wenn Menem der Einladung nachkommt, wird er nach Helmut Kohl und dem Kanadier Jean Chretien der dritte Staatschef sein, dem diese Ehre zuteil wird.

## Kongress

Am Donnerstag und Freitag fand in Buenos Aires der IX Congreso de la Confederación Latinoamericana de Trabajadores Estatales (CLATE, Lateinamerikanischer Bund der Staatsangestellten) statt. Das Kongressthema war diesmal „Der lateinamerikanische Staat angesichts des neuen Jahrhunderts: Neuglieder-

ung des Kapitals, Auslandsverschuldung und Staatsreform“. CLATE ist eine Organisation, die die Prinzipien der Demokratie, des Pluralismus und der Unabhängigkeit vertritt.

## Humada mag Palito nicht

Ein erklärter Antimenemist und politischer Alliierte von Eduardo Duhalde, der Nationalsenator für Misiones, Julio Humada, hat angekündigt, dass er auf die Gouverneurskandidatur in seiner Provinz verzichten werde, wenn Ramón „Palito“ Ortega Präsidentschaftskandidat wird. Der Senator, der seit 15 Jahren im Justizialismus von Misiones führt, gab die Erklärung beim Start der lokalen Fördergruppe für das Projekt „Duhalde Präsident“ ab.

## San Martín-Mausoleum

Verteidigungsminister Jorge

Domínguez hat am Montag bekanntgegeben, dass die Regierung den Bau eines Mausoleums zu Ehren des Befreiers General José de San Martín in seiner Geburtsstadt Yapeyú in Misiones unterstützen wird. Zu dem Bau, der am 17. August 2000, dem 150. Todestag von San Martín, fertiggestellt und eröffnet werden soll, gehören ausserdem ein Museum und ein Kulturzentrum.

## PJ-Vorsitz in Tucumán

Gemäss der letzten Zählung nach den Parteiämterwahlen des PJ in Tucumán wird der Nationalsenator Julio Miranda mit knapper Mehrheit neuer Provinzparteichef. Miranda erreichte 18.243 Stimmen, während sein Rivale, der Nationalabgeordnete Julio Díaz Lozano 17.545 Stimmen für sich verbuchen konnte.

## Luftmanöver

Argentinische und nordamerikanische Flugzeuge führten in dieser Woche gemeinsame Übungen in der Provinz San Luis durch. Die Übungen bestanden in Angriffs- und Verteidigungsmanövern in Villa Reynolds, 100 Kilometer von der Provinzhauptstadt entfernt.

## Erklärungen für CGE

Die Präsidentschaftsvorkandidaten der Allianz Fernando de la Rúa und Graciela Fernández Meijide standen am Mittwoch in separaten Anhörungen den Mitgliedern der Arbeitgebervereinigung CGE Rede und Antwort hinsichtlich ihrer Vorschläge für die kleinen und mittleren Unternehmen. Gleiches tat der bonaerenser Produktionsminister Carlos Brown, der Eduardo Duhalde vertrat.

## Telerman prüft

Der argentinische Botschafter in Kuba, Jorge Telerman, bestätigte am Montag ein Angebot von Gouverneur Eduardo Duhalde, in

dessen Gruppe von Beratern für die Internwahlkampagne des PJ einzutreten. Telerman sagte ausserdem in Rundfunkinterviews, er werde sich vor einer Entscheidung in Kürze mit Duhalde treffen. Er habe, so Telerman, auch die Verpflichtung, mit Präsident Carlos Menem und Aussenminister Guido Di Tella über das Angebot zu sprechen.

## Steuersünder?

Die Bundesverwaltung für öffentliche Einnahmen, der Carlos Silvani vorsteht, stellte im ersten Halbjahr die Nichterfüllung von Steuerverpflichtungen in Höhe von mehr als 85 Millionen Pesos fest. Nach Angaben der Behörde wurden diese „Sünden“ in den Sparte Tourismus, Hotellerie und Restaurants begangen. Zusammen mit den fälligen Geldbussen könnte der Gesamtbetrag rund 121 Millionen Pesos ausmachen, wie aus dem Wirtschaftsministerium verlautete.

## Auch du, mein Brutus

Der Ex-Stadtrat Norberto La Porta hat Richter Mariano Berges um Aufschub seiner Einvernahme gebeten. Diese war für Donnerstag vorgesehen. Bei Berges Untersuchung geht es um mit dem öffentlichen Amt unvereinbare Geschäftemachereien im Zusammenhang mit Subsidien, die der Ex-Consejo Deliberante vergab.

## Ohne Erhöhung

Der Stadtrat von La Plata lehnte auf Betreiben der Allianz die Erhöhung der Busfahrpreise in der Provinzhauptstadt ab. Die Unternehmer hatten die Fahrpreiserhöhung mit der Begründung gefordert, den Chauffeuren nach den Ausschreitungen von UTA-Angehörigen in der vergangenen Woche eine Gehaltszulage geben zu wollen. Die UTA ist die Gewerkschaft Unión Tranviarios Automotores.

**LAVAropas**  
**KOH-I-NOOR**  
ENTRA EN SU CASA

Entra en su casa  
40 cm.  
DE ANCHO

Importa API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930  
Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 730-0011. Fax: 730-0800

**SERVICIOS**  
DIGITALES S.A.  
ESPECIALISTA EN  
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones  
Interactivas, Documentos Electrónicos,  
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161- (1366) Bs. As. - Argentina  
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

# Domingo Cavallo kann aufatmen

## In weniger als einer Woche in zwei Verfahren freigesprochen

Am Donnerstag der vergangenen Woche hatte Domingo Cavallo ein Problem in seiner politischen Karriere weniger. Der Ex-Wirtschaftsminister und derzeitige Abgeordnete für die Partei Acción por la República wurde von dem Richter Jorge Brugo in einem Fall von angeblicher Steuerverhinderung freigesprochen. Das Verfahren war 1994 durch den radikalen Abgeordneten Jorge Benedetti und von einem Aktivist der gleichen Partei, Juan Carlos Iglesias, veranlasst worden. Benedetti und Iglesias hatten damals Cavallo wegen Nichtzahlung von Steuern für Beträge angezeigt, die dieser als Minister als reservierte Ausgaben und für Repräsentation erhalten hatte.

Die Konfrontationen und gegenseitigen Beschuldigungen

zwischen Cavallo und Benedetti waren ein politischer Klassiker seit Cavallo mit seinen Anschuldigungen gegen den später durch Selbstmord geendeten Postunternehmer Alfredo Yabrán begann. Ihren Höhepunkt erreichten diese Hackereien, als der Ex-Minister den radikalen Abgeordneten einen „Vorposten“ der Mafia bezeichnete und Yabrán als den Chef einer ungesetzlichen Vereinigung. In der Entscheidung von Richter Brugo wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der „gute Name und die Ehre“ des Ex-Wirtschaftsministers nicht von dem Verfahren beeinträchtigt wurden. Am Freitag entschied der gleiche Richter die Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen Domingo Cavallo im Zusammenhang mit dem Goldschmug-

gefall. Ausserdem zog Brugo seinen Antrag an den Kongress auf Entziehung der Immunität des Abgeordneten ab. Staatsanwalt Miguel Schamun hatte seinerzeit Cavallo vorgeworfen, den Goldschmuggel mittels Resolutionen des Wirtschaftsministeriums ermöglicht zu haben. Durch die 1994 erlassenen Resolutionen wurden Rückvergütungen für Exporte von Gold und dessen Förderung eingeführt. Allerdings bleiben Cavallo und die anderen Verdächtigen, der Ex-Chef der Zollverwaltung Gustavo Parino und Ex-Wirtschaftsminister Carlos Sánchez weiterhin in den Fall verwickelt. Die Beweise reichen nicht für die Eröffnung eines Strafverfahrens, aber lassen andererseits die völlige Freisprechung ebensowenig zu.

## Randglossen

**Gestandene Neonazis und verwandte Nationalisten verschiedener Couleur versammelten sich in der Schule La Salle unter Vorpiegelung falscher Tatsachen als scheinheilige Historiker, um ihr altes Gift zu verspritzen. Die Buchhandlung Huemul, vormals ein wackeliger Verlag nazistischer Schundliteratur, hatte den Konferenzsaal der Schule gemietet, deren Verwaltung es unterliess, der Buchhandlung auf die Finger zu schauen. Nazistisches Gift in Gestalt von Büchern hätten die schmutzigen Nägel sogleich entlarvt. Die Zusammenkunft einer weniger hundert Neonazis und Nationalisten erschöpfte sich in diskriminatorischen Postulaten gegen die Einwanderer aus Nachbarländern, die offenbar als rassische Untermenschen eingestuft werden, gegen die Prostitution, den Drogenhandel und die Parteienherrschaft. Alles wie gehabt.**

Nazistische Diskriminierungen wegen Rasse, Religion, Geschlecht oder Herkunft werden in der argentinischen Gesetzgebung strafrechtlich geahndet, obwohl die Leugnung des Holocausts nicht wie in Deutschland eine strafrechtliche Missetat ist. Die Staatsanwälte müssen jetzt ermitteln, welche Delikte die angeblichen Historiker verübt haben, die sich nach der Tagung gegenseitig stritten. Waschechte Nationalisten wollen nicht als Neonazis mit letzteren in einen Topf geworfen werden. Einige Neonazis halten ihren gleichgesinnten Kollegen vor, dass diese vom Geheimdienst bezahlt werden zwecks Diskreditierung ihrer hehren Zielsetzungen. Andere drohen mit Aufmärschen und Morden mit Schlagwörtern wie „Tod den Einwanderern“. Wären nicht im Namen solcher Losungen Millionenmorde seit dem Ersten Weltkrieg verübt worden, so könnte man die politischen Tätigkeiten dieser Spinner in schwarzen Uniformen, teilweise sogar als Skinheads verkleidet, als belanglos abtun. Aufpassen und Nachforschen tut leider Not.

stellung, die die Finanzoperateure der Welt offensichtlich schon honorieren. Es fehlt allerdings noch eine Strecke, bis Argentinien so eingestuft wird, wie es gemäss den makroökonomischen Wirtschaftsindikatoren sein sollte.

Der Übergang von Cavallo auf Fernández bei der Wirtschaftsführung war eine erste Feuerprobe,

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Argentinien wird besser eingestuft

Die Finanzmärkte und die Börsen der Welt werden weitgehend von Investment-Fonds beherrscht, deren Entscheidungen die Kursbewegungen bestimmen. Nach Ausbruch der asiatischen Krise, beschlossen die Verwalter dieser Fonds mehrheitlich, sich von den Börsen der krisenbefallenen Länder des fernen Ostens zurückzuziehen, aber auch von anderen sogenannten „aufstrebenden“ Märkten („emerging markets“), wie die lateinamerikanischen, wobei sie ihre Anlagen an den Börsen der hochentwickelten Länder konzentrierten. Kurz: die Kurse gingen in Asien um 50% bis 80% zurück, in Lateinamerika um 30% bis 40%, während sie zunächst in USA und Europa stiegen und besonders in New York zu einer „Seifenblase“ führten, die unlängst schon zum Teil geplatzt ist (mit einem Kursrückgang von fast 10%).

Argentinien wurde in einen Topf mit Brasilien u.a. Ländern geworfen, so dass die Börsen von Buenos Aires und Sao Paulo ab Oktober 1997 verhältnismässig gleichviel zurückgingen und auch die Zinsdifferenz im Vergleich zu den Schatzbonds der USA (T-Bonds), die das Landesrisiko ausdrückt, in beiden Fällen ähnlich zunahm. Es ist merkwürdig, dass

die Finanzoperateure keinen Unterschied zwischen Argentinien und Brasilien machten: Argentinien hat solide Staatsfinanzen, konsolidierte Stabilität und hohes Wachstum, während Brasilien ein ungelöstes Problem der internen Staatschuld (die kurzfristig ist und zu fast 20% verzinst wird, nachdem es nach Ausbruch der Asienkrise 40% waren, ein Defizit von 7% des BIP), eine noch andauernde Inflation und geringeres Wachstum aufweist.

Nach der jüngsten Russland-Krise kam es indessen anders: die Länderrisikoprämie stieg für Argentinien um ein Prozent (100 Basispunkte, wie es im Börsenjargon heisst) und in Brasilien um etwa 1,5%. Zum 18. August lag die Prämie für Argentinien um 164 Basispunkte unter dem Index für aufstrebende Märkte, den die Bank J.P. Morgan ausarbeitet. Diese Differenz ist nicht jetzt plötzlich erschienen; aber sie wurde ausgeprägter. Dennoch zahlte Argentinien an jenem Datum 732 Basispunkte über T-Bonds, gegen 896 Punkte des Morgan-Index.

Die argentinische Wirtschaftsführung hat auf die Zunahme der Zinsen genau wie bei der Asienkrise reagiert, die im Oktober ausbrach: sie zieht sich von den Finanzmärkten zurück und bringt

zunächst keine Staatspapiere unter. Das kann sie tun, weil Wirtschaftsminister Roque Fernández schon 1996 die Strategie eingeführt hat, mehr Staatspapiere unterzubringen, als er unmittelbar benötigt. Das Ziel besteht darin, normalerweise für drei Monate vorfinanziert zu sein.

Miguel Kiguel, Unterstaatssekretär für Staatsfinanzierung im Schatzsekretariat, hat jetzt angekündigt, dass der argentinische Staat unmittelbar keine Titel unterbringen werde, da das Schatzamt bis November schon finanziert sei und nur US\$ 2 Mrd. auf einen Gesamtbedarf für ganz 1998 (für Defizit und Titel, die verfallen) von US\$ 13 Mrd. Nächstes Jahr sind es noch einmal rund US\$ 13 Mrd. Bis November sollte sich die Lage beruhigt haben. Allein der Umstand, dass Argentinien jetzt nicht gezwungen ist, die höheren Zinsen zu zahlen, die die Finanzmärkte fordern, verleiht dem Land eine bessere Note.

Roque Fernández ist ein sorgfältiger Wirtschaftsminister, der sich sehr darum kümmert, gute Signale zu geben, damit Argentinien besser eingestuft wird. Dass er nach der Asienkrise den Präsidenten überzeugte, die Staatsausgaben für das laufende Jahr um eine Milliarde Dollar zu kürzen und den Autobahnplan zu vertagen, zeugt erneut von dieser Ein-

die das Land gut bestanden hat, wobei der gegenwärtige Minister vorsichtiger, vorbeugender und marktbewusster ist, als sein Vorgänger. Die zweite Probe kommt nächstes Jahr, wenn Menem durch einen anderen Präsidenten ersetzt wird.

Wenn dieser, wer immer es auch sei, die Konvertibilität, die Stabilität, die Fiskaldisziplin und die Rationalität bei der Wirtschaftspolitik beibehält, dann dürfte Argentinien besser eingestuft werden und sich noch mehr von der Schar der weniger entwickelten Länder unterscheiden, mit denen es eigentlich nicht allzuviel

## Höheres Julidefizit des Schatzamtes

Der Ausweis des Schatzamtes für Juli schloss mit einem sogenannten „primären“ Defizit von \$ 455,9 Mio., womit das Defizit für August und September unter \$ 309,6 Mio. liegen muss, um das mit dem IWF vereinbarte Plansoll zu erfüllen. Das wird gewiss nicht einfach sein, da die Konjunktur schon leicht abflacht, was sich auch auf die Steuereinnahmen auswirkt, die sich allerdings in den letzten zwei Monaten günstiger entwickelt haben. Ausserdem wurden Ausgaben verschoben, so dass die fehlenden Monate des Jahres schon vorbelastet sind. Es ist begreiflich, wenn unter diesen Umständen von einer weiteren Ausgabenkürzung gesprochen wird, die zu der schon für eine Milliarde verfügbaren hinzukommen würde.

Die meisten Zeitungen haben bei der Veröffentlichung des Defizites die Zahl von \$ 845 Mio. genommen, die sich auf das finanzielle Ergebnis bezieht, bei dem die Rechnung anders gemacht wird, nämlich ohne Berücksichtigung der dezentralisierten Organe und besonders der ANSeS, die das Rentensystem verwaltet.

Was die Lage noch erschwert, sind die ungünstigeren Umstände für den Verkauf von Kapitalbeteiligungen des Staates, besonders von YPF, und auch für die Privatisierung der nationalen Hypothekbank, die dennoch in Kürze in Angriff genommen werden soll. Es wäre wohl vernünftig, wenn die Entscheidung, den Bau der Brücke von Rosario nach Victoria unmittelbar zu beginnen, hinausgeschoben wird. Denn bei diesem Projekt hat sich die Regierung verpflichtet, US\$ 200 Mio. zuzuschüssen. Ebenfalls sollte der „Föderale Kanal“ (der von Rio

gemeinsam hat. Dann dürfte die argentinische Vergangenheit, mit Hochinflation, Hyperinflation, Unordnung und Irrationalität, als eine schlechte Erfahrung eingestuft werden, von der die Gesellschaft und die Politiker gelernt haben, und nicht als etwas, was leicht wiederkommen kann. Der zukünftige Präsident hat somit die Chance, allein dadurch, dass er grundsätzlich den Menem-Kurs der Wirtschaftspolitik weiterführt, eine Senkung der Zinsen für das Land zu erhalten, was sowohl den Staatsfinanzen, wie der Wirtschaft im allgemeinen, gut bekommen würde.

Hondo, in Santiago del Estero, südwärts und dann nach Westen nach Catamarca und La Rioja führen soll) nicht begonnen werden. Bei der Brücke von Punta Lara (bei La Plata) bis Colonia, die den Staat indirekt auch Geld kostet, ist zunächst eine Diskussion über den ungünstigen Einfluss auf den Rio de la Plata aufgekomen, die das Projekt wohl bremsen wird. Allgemein müssen Projekte öffentlicher Investitionen noch einmal überlegt und hinausgeschoben werden. Sonst geht die Rechnung einfach nicht auf.

Gewiss sollte es möglich sein, die Fiskaleinnahmen unmittelbar zu erhöhen. Die Wirtschaftsführung verspricht sich dabei eine positive Wirkung aus der Steuerreform, die seit Monaten im Kongress stockt, ohne dass es Präsident Menem gelingt, sie voranzutreiben. Man merkt deutlich, dass er nicht mehr die politische Macht vergangener Jahre hat. Damit die Reform einen Saldo für den Staat hinterlässt, muss allerdings die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zum Rentensystem hinausgeschoben werden.

Die Regierung sollte sich indessen mehr um andere Möglichkeiten im Kampf gegen die Steuerhinterziehung kümmern. Nach einer jüngsten Berechnung der Kommission zur Verteidigung der Konkurrenz, die von Staatssekretär A. Guadagni abhängt, beträgt die Steuerhinterziehung der Fleischwirtschaft \$ 407 Mio. jährlich, von denen \$ 377 Mio. auf die MWSt. und \$ 30 Mio. auf Sozialbeiträge entfallen. Dabei fehlt noch die Gewinnsteuer und, auf provinzieller Ebene, die Steuer auf den Bruttoumsatz. Vor einigen Monaten hatte eine private Berechnung die Hinterziehung

bei dieser Branche (vom Landwirt bis zum Metzger) auf über \$ 800 Mio. geschätzt. Das Landwirtschaftssekretariat arbeitet an einer Initiative, die darin besteht, dass die Schlachthäuser eine Waage erhalten, die die Tiere vor der Schlachtung wiegt und zählt, und die Daten in ein Computergedächtnis einfügt, das nur den Behörden zugänglich ist. Diese Waagen werden in den USA von Schlachthäusern verwendet, allerdings nicht für fiskalische Zwecke, sondern für die eigene Kontrolle der Unternehmen. Diese Waagen sollen von einer privaten Kontrollfirma überwacht werden, die die Daten den Behörden (dem Landwirtschaftssekretariat und dem Steueramt) übermittelt. Auf dieser Grundlage ist es relativ einfach, den Betrag der MWSt. zu ermitteln, den der Landwirt, die Händler, das Schlachthaus und der Metzger zahlen müssen. Es ist keine komplizierte Angelegenheit; aber, wenn kein politischer Druck von oben kommt, wird die Bürokratie dies verzögern, was man sich vom Standpunkt der Staatsfinanzen nicht leisten kann.

## Einreisetourismus im Aufwind

Die Weltorganisation für Tourismus hat die alljährliche Statistik über den Fremdenverkehr im Jahr 1997 gegen Ende der Vorwoche an ihrem Sitz in Madrid veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass Argentinien mit 4,5 Mio. Touristen, die das Land besucht haben, in der Welt zwar bescheiden auf Platz 23 figuriert, aber in Amerika auf Platz 4 nach USA mit 48,4 Mio., Mexiko mit 19,3 Mio. und Kanada mit 17,6 Mio. Einreisenden. Die meisten Touristen in Mexiko und Kanada dürften freilich aus den benachbarten USA stammen. Weltweit führt Frankreich mit 61 Mio. Touristen, welche Zahl 1998 dank Fussballweltmeisterschaft sicherlich höher ausfallen wird. Spanien, Italien und Grossbritannien genießen ebenfalls die Vorliebe vieler Millionen Touristen.

Nach Argentinien rangieren in Süd- und Mittelamerika sowie der Karibik Puerto Rico mit 3,3 Mio., die politisch zu den USA gehören, Brasilien mit nur 2,9 Mio., einst beliebtestes Reiseziel in Südamerika, Uruguay mit 2,3 Mio., zumeist Argentinier und Brasilianer, die Dominikanische Republik mit 2,1 Mio., in der Hauptsache US-Bürger, Chile mit 1,7 Mio. und Bahamas mit 1,5 Mio.

Ähnliche Kontrollen sollen bei den verschiedenen landwirtschaftlichen Produkten eingeführt werden.

Nun zurück zum Ausweis der Staatsfinanzen für Juli: die Differenz von \$ 250 Mio. zwischen dem Defizit von Juli dieses Jahres gegenüber dem von Juli 1997 erklärt sich aus dem Umstand, dass im Vorjahr die YPF-Belegschaftsaktien verkauft wurden, was für das Schatzamt einen Gewinn von \$ 197,1 Mio. ergab, und für das Rentensystem einen von \$ 87,1 Mio. Ohne diese ausserordentliche Einnahme hätte Juli etwa gleich wie im Vorjahr abgeschlossen. Juli wird durch die Zahlung des halben 13. Jahresgehaltes ungünstig beeinflusst, weshalb der Monat anormal hoch liegt und nicht als Grundlage für August und September genommen werden kann.

Die strikte Einhaltung der Ziele des Abkommens mit dem IWF ist besonders jetzt wichtig, um eine bessere Benotung Argentiniens zu erreichen und den Unterschied gegenüber anderen Ländern hervorzuheben.

Dass Argentinien schon seit einigen Jahren vor Brasilien als Reiseziel liegt, beruht nicht nur auf den reisefreudigen Menschen der Nachbarländer Chile, Bolivien, Paraguay und Uruguay, die offenbar Argentinien bevorzugen, sondern auch auf der Attraktion, die Argentinien neuerdings auf Touristen aus Übersee ausübt. Sicher ist die grösste Zahl der Einreisenden in den Nachbarländern ansässig, wobei auch manche Einwanderer untertauchen, die schwarz arbeiten, sofern sie nicht entdeckt und heimgeschickt werden. Trotzdem kommen immer mehr Touristen aus Nordamerika, Europa und Japan, die zahlenmässig ungleich weniger als ausgabenmässig ins Gewicht fallen. Wer eine lange Reise bis Argentinien unternimmt, pflegt nicht nur wenige Tage zu bleiben, es sei denn es handelt sich um Geschäftsreisende, sondern mehrere Wochen, sucht Unterkunft in besseren Hotels, genießt gute Küche und Unterhaltung und leistet sich Reisen ins Landesinnere. All das schlägt nieder in den Ausgaben der Touristen im Land, die bei denen aus Übersee durchschnittlich viel höher sind als bei den Nachbarn.

Dieser Tourismus im Aufwind

beherzigt die bessere Infrastruktur, die jetzt in Argentinien vorherrscht, angefangen mit zahlreichen neuen Hotels und Restaurants. Allein 1995 und 1996 wurden 308 Mio. Dollar in die Hotellerie investiert. 1997 waren es sogar 379 Mio. Dollar. Zu den traditionellen Hotels (Plaza, Sheraton, Claridge, Internacional, Lancaster, etc) sowie den Etablissements neueren Datums wie Hyatt, Intercontinental und Caesar Park, alle in der Bundeshauptstadt, werden Niederlassungen der Hotelketten Hilton, Howard Johnson und Holliday Inn aus den USA sowie Meliá aus Spanien erwartet. Hinzu kommen zahlreiche mittlere und kleine Hotels in Buenos Aires und dem Landesinneren, die für die Reisefreudigkeit der Ausländer sowie insbesondere der einheimischen Touristen im Inland gutstehen. Die gesamten Investitionen in der Hotellerie werden auf über eine Milliarde Dollar ermittelt. Der Inlandstourismus wird auf etwa doppelt so viel wie der Einreisetourismus geschätzt, belebt ebenso wie letzterer die Konjunktur, färbt aber nicht auf die Zahlungsbilanz ab.

Die Transportmöglichkeiten sind jetzt ungleich besser als früher sowohl auf Landstrassen als auch mit der Eisenbahn und vor allem mit Flugzeugen, deren Dienste laufend erweitert werden. LAPA hat beispielsweise unlängst ein neues Boeing-Flugzeug eingesetzt. Wo es noch hapert, das sind die Flughäfen, derweil man sich gedulden muss, bis die private Konzessionsfirma Aeropuertos 2000 ihre Investitionen umsetzt.

Da die künstliche Insel am La Plata, 3 km von der Costanera entfernt, als Alternative fallen gelassen worden ist, die für die meisten Reisenden ungleich billiger und weniger mühsam wäre und den Fluglärm über den Wohnhäusern verhindern würde, soll Ezeiza nicht nur als internationaler, sondern auch als bundesstädtischer Flughafen an Stelle von Aeroparque dienen. Dieser Flughafen verschwindet nach sieben Jahren. Insgesamt sollen 1,7 bis 2,1 Mrd. Dollar investiert werden, wobei zusätzliche Investitionen für den Transport auf der Autobahn, anderen Zufahrtstrassen sowie einer geplanten Eisenbahn in Aussicht gestellt werden, die aber nicht von der Konzessionsfirma, sondern von der öffentlichen Hand oder gegebenenfalls anderen

Konzessionsunternehmen getragen werden sollen.

Der Lärm, den der künftige Flugverkehr bis 40 Mio. Passagiere im Jahr, in der Gegend unweit Ezeiza verursachen wird, lässt sich leider nicht verhindern, was die Immobilienpreise sicherlich drücken wird, abgesehen von den Schäden bei Absturzkatastrophen in städtischen Quartieren, die auf dem Fluss entfallen würden.

Für die argentinische Makroökonomie hinsichtlich der Leistungsbilanz, wo unter Dienstleistungen der Fremdenverkehr zu Buche steht, bedeutet der Einreisetourismus einen wichtigen Faktor. Die Weltorganisation für Tourismus schätzt Deviseneinnahmen von mehr als 5,0 Mrd. Dollar für 1997, die angeblich einen Überschuss von etwa 2 Mrd. Dollar nach Abzug des Ausreisetourismus argentinischer Residenten ergibt. Das Wirtschaftsministerium schätzt umgekehrt einen Verlustposten von 1,5 Mrd. Dollar im gleichen Jahr.

Die Diskrepanz beruht offensichtlich auf der Schätzung der Ausgaben ein- und ausreisender Touristen. Für Einreisetouristen werden durchschnittlich 1.126 Dollar je Tourist bemessen, wobei hier gewaltige Unterschiede bestehen, die in der Praxis kaum erfasst werden können. Nachbar-touristen geben sicherlich viel weniger aus, zumal wenn sie Familienangehörige besuchen oder bei Freunden Unterkunft finden und sparsam umgehen.

Einreisende aus Übersee geben sicherlich viel mehr aus, ebenso Argentinier, die ins Ausland reisen, es sei denn in Nachbarländer für kurze Zeit, ausgenommen Punta del Este und andere Ferienorte.

Wie dem auch sei, sicher ist, dass der Fremdenverkehr neuerdings ein nicht zu übersehender Pluspunkt in der argentinischen Leistungsbilanz ist, der möglicherweise unter anderem erklärt, weshalb die Devisenreserven der Zentralbank trotz weltweiter Finanzkrise mit Kapitalflucht kurzfristiger Anlagen und trotz defizitärer Handels- sowie Dienstleistungsbilanz bei 22,5 Mrd. Dollar bemerkenswert stabil bleiben. Jede Spesenrechnung, die Einreisetouristen im Land bezahlen, entspricht einem Export von Waren oder Dienstleistungen. Millionen kleine Ausgaben machen den Kohl entschieden fett.

## Aufstrebende Paraná-Schifffahrt

Der Warentransport per Schiff oder Barkasse auf dem Paraná-Fluss war bis vor einigen Jahren stark zurückgeblieben, obwohl dieser Transport viel billiger als per Eisenbahn oder Lastwagen sein sollte. Das hat sich in den letzten Jahren geändert, seit die Hafendarbeit und die Schifffahrt dereguliert wurden und Argentinien günstige Bedingungen für langfristige Investitionen bietet. Der grosse Sprung kam mit der Niederlassung der US-Firma ACBL, die auf dem Mississippi und auch auf dem Orinoko tätig ist, mit riesigen Barkassenflotten, die von einem Antriebsschiff geschoben werden.

Wir entnehmen jetzt die Daten über die Entwicklung dieses Unternehmens einem Artikel der Zeitung „The Buenos Aires Herald“, die sich intensiv mit der Schifffahrt befasst. 1995, nachdem die Firma ACBL die Paraná-Schifffahrt studiert hat, gründete sie das lokale Unternehmen ACBL-Hidroviás S.A. mit zwei Antriebsschiffen und 40 Barkassen, und unterzeichnete die ersten Verträge mit Siderar, um Eisenerz von Corumbá, am oberen Paraguay-Fluss, zu befördern und auch mit der bolivianischen Firma Gravita. Die Anfangsinvestition betrug US\$ 65 Mio., dann wurde noch mehr investiert, so dass es jetzt rund US\$ 100 Mio. sind. Bis zum Jahr 2000 soll die Gesamtinvestition um die US\$ 150 Mio. betragen. Die Firma hat einen Anteil am Frachttransport auf dem Paraná-Fluss von 20%, und will auf über 30% kommen.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Flusstransport zunimmt, weil er effektiv viel billiger ist, nämlich bei Barkassen, 10 bis 12 Dollarcenten je Tonne, gegen 25 bis 30 Cents bei der Eisenbahn und 40 Cents beim Lastwagen. Die niedrigeren Tarife beruhen hauptsächlich auf dem unterschiedlichen Treibstoffverbrauch. Bei Barkassenflotten braucht man einen Liter Dieselöl pro Tonne für 219 km, während die Eisenbahn nur 86 km und der Lastwagen nur 25 km erreichen. ACBL-Hidroviás hat gegenüber den traditionellen Unternehmen, die den Frachttransport auf dem Flussweg betreiben, den Vorteil, dass es die Technologie der Satellitennavigation verwendet, was auch den Verkehr bei Nacht erlaubt und mehr Sicherheit schafft. Somit konnte das Unternehmen andere mit niedrigeren Tarifen

verdrängen.

Der Paraná ist gut befahrbar, nach Meinung der ACBL-Manager ist er günstiger als der Mississippi. Das Problem stellt sich beim Paraguay-Fluss, der bestenfalls 7 Monate pro Jahr befahrbar ist, und auch dann unter schwierigen Umständen, weil er starke Kurven hat, die keine langen Barkassenflotten erlauben. Das als Hidrovía-Paraná-Paraguay bekannte Projekt bezieht sich hauptsächlich auf die Ausbaggerung und Berichtigung des Paraguay-Flusses, wobei dann am oberen Lauf des Flusses ein breiter, aber nicht hoher Damm gebaut werden muss, damit das Wasser, das sich im Sumpfgebiet vom Pantanal ansammelt, nicht abfließt, so dass es dann während der trockenen Monate kein Wasser geben würde. Das Projekt sollte gemäss der Studien, die schon durchgeführt worden sind, wirtschaftlich sein, da dann das Bergwerk von Corumbá (das eines der hochwertigsten Eisenerze der Welt hat) ausgebaut werden kann. Ebenfalls kann dann Brasilien die Sojabohnenproduktion im Matto Grosso ausbauen, die gegenwärtig durch die hohe Fracht per Lastwagen zu den Häfen am Atlantik kaum möglich ist. Für Argentinien bedeutet dies eine starke Verbilligung der flussaufwärts-Frachtraten, da die Barkassen sonst leer zurückfahren. Das bedeutet mehr Absatzmöglichkeiten in Paraguay und Zentralbrasilien für argentinische Produkte.

Allein, obwohl dieses Projekt seit über einem Jahrzehnt besteht und die Studien schon weit fortgeschritten sind, geschieht praktisch sehr wenig. Die argentinische Regierung hat sich um die Ausbaggerung des Paraná bemüht, durch eine Konzession für die Strecke von Santa Fé Stadt bis in den La Plata Fluss. Jetzt soll auch die obere Strecke in Konzession vergeben werden. Aber der Paraná war auch vorher mit Barkassen befahrbar, da diese einen geringen Tiefgang haben. Das Problem ist der Paraguay-Fluss, der wesentlich höhere Investitionen beansprucht, die jedoch nicht durchgeführt werden, wobei auch eine Konzession nicht vorbereitet worden ist. Der Umstand, dass ACBL-Hidroviás den Transport ausweitet, und andere Unternehmen auch, dürfte gelegentlich dazu führen, dass die Ausbaggerung des Paraguay-Flusses unumgänglich wird.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

\*\*\*

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 8,1% auf 441,83, der Burcapindex um 7,8% auf 741,56 und der Börsenindex um 7,2% auf 16.987,86.

\*\*\*

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 7,2% auf \$ 1,0895.

\*\*\*

Argentinische Unternehmer sind besorgt, dass das im Juli 1997 vom paraguayischen Parlament verabschiedete Gesetz Nr. 1.064 über steuerbegünstigte Lohnverordnungen, in eine Gemeinschaftstätigkeit von Taiwan und Ciudad del Este ausarten wird. Das Gesetz sieht gebührenfreie Einfuhren von Rohmaterial, Halbfertigprodukten, Kapitalgütern und Zubehör, Knowhow und Management vor, mit der Auflage, dass die hergestellten Waren ausgeführt werden. Für die Veredlungskosten in Paraguay wird eine Einheitssteuer von 1% erhoben. Argentinische Produzenten fürchten, dass damit Dumpingimporten aus Ostasien in den Mercosur verschleiert werden.

\*\*\*

Die Wirtschaftsführung will sich an eine Short list erster Investmentbanken wenden, um ihnen das Schuldner-Portefeuille der ehemaligen Banade (Banco Nacional de Desarrollo) anzubieten. Die Banade wies zum 31.12.97 noch 1.494 Schuldner für \$ 1,48 Mrd. aus. Der Betrag schliesst Zinsen und Bussen ein, die im Verkaufsfall neu ausgehandelt werden müssten.

\*\*\*

Das Bauunternehmen Benito Roggio hat die Buslinie 52, die den Miserere-Platz (Once) mit der Vorstadt Luján verbindet, erworben. Das Bauunternehmen, das auch an Errichtung und Betrieb von Mautstrassen beteiligt ist, ist damit auch im Busverkehr tätig. Es soll über den Kauf der Buslinie 4, die zwischen dem Luna Park und dem Stadtbezirk Liniers fährt, verhandeln. Der Kauf des in Gläubigerversammlung befindlichen Langstreckenunternehmens Chevallier wurde nicht umgesetzt.

\*\*\*

Die Unternehmensgruppen Accor Casinos Austria und Hyatt wurden von der Provinzregierung von Mendoza für die Konzession des Plaza Hotel der Provinzhauptstadt vorklassifiziert. Die Ausschreibung sieht den Umbau in ein 5Sterne-Hotel und den Betrieb desselben vor.

\*\*\*

Die Stiftung Capital hat ermittelt, dass das Defizit der Provinzen 1998 \$ 1,6 Mrd. erreichen wird, um 30% mehr als im Vorjahr. Ursachen seien geringere Haushaltseinnahmen, erhöhte Ausgaben und das Stocken der Strukturmassnahmen.

\*\*\*

Die grösste Zahl der Anzeigen wegen unlauteren Wettbewerbs und Dumping erfolgten gegen Brasilien und China, wie die Cncc (Comisión Nacional de Comercio Exterior) bekanntgab. Von insgesamt 73 durchgeführten Ermittlungen wegen mutmasslichen Dumpings waren 18 gegen Brasilien über Einfuhren für US\$ 65 Mio. und ebenfalls 18 gegen China, jedoch über Einfuhren für US\$ 48 Mio.

\*\*\*

Der Argentinische Hüttenverband gab für Juli folgende Produktionszahlen in 1.000 t bekannt: Röhreisen 310,1 (-6,3% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und 3,4% mehr als im Vormonat Juni), davon waren 187,9 Gusseisen und 122,2 Schwämmeisen. Rohstahl 365,0 (-4,3%, -6,1%). Warmwalzprodukte 317,6 (-14,2%, -18,1%) davon 160,6 Rundeisen für Beton, Drahtstangen, Stangen, Profile und nahtlose Röhre und 157,0 Bleche und Bänder. Kaltwalzprodukte 114,0 (-8,8%, -7,2%). Die Stahlproduktion ging im Juli wegen Dumpingimporten aus Russland, der Ukraine und Brasilien, sowie aufgrund des Preisverfalls bei Erdöl, der den Absatz nahtloser Röhre beeinträchtigt, da es weniger Bohrvorhaben gibt, zurück. (AFP u. CIS)

\*\*\*

Die Kammer der Unternehmen des Öffentlichen Personentransports weist darauf hin, dass die Zahl der von Omnibussen beförderten Passagiere in der Bundeshauptstadt in den letzten 6 Jahren um 30% zurückgegangen ist. Das führte sie u.a. auf die Zunahme des Automobilverkehrs zurück, der in der gleichen Zeit um 15,4% zugenommen hat.

\*\*\*

Das Arbeitsministerium hat den von ihm erst am 1.6.98 amtlich als bindend erklärten Kollektivvertrag 301/98 über Arbeitsbedingungen für rd. 90.000 Hauswarte in landesweit schätzungsweise 70.000 Etagenbauten von Eigentumswohnungen für Null und Nichtig erklärt. Mit Beschluss 47 gab Arbeitssekretär J. Uriburu der Berufung der Kammer der Eigentumswohnungen und Immobilien statt, die bei der Unterzeichnung nicht anwesend war, wie es das Abkommen 398/75 mit der Internationalen Arbeitsorganisation vorschreibt. Der Kollektivvertrag sah keine Gehaltserhöhungen, wohl aber härtere Bedingungen für die Arbeitgeber, ausdrückliche Ultraaktivität und zusätzliche Abgaben derselben an

## Guidotti dixit

In einem Pressegespräch mit „La Nación“ nahm Vizewirtschaftsminister und Schatzsekretär Pablo Guidotti wie folgt Stellung zur Wirtschaftspolitik:

- Vorläufig werden keine neuen Auslandsemissionen stattfinden. Hiermit bestätigte Guidotti die gleiche Erklärung des Unterstaatssekretärs und Chefberaters des Wirtschaftsministers Miguel Kiguel.

- Hingegen wird die Veräusserung der Staatsaktien der Nationalen Hypothekbank (BHN) vor Ende des Jahres vorgenommen werden.

- Die Staatsaktien von YPF werden vorerst nicht zum Verkauf angeboten werden, bis ein vorteilhafterer Preis herauskommt.

- Zum Gesetzesprojekt, das die Ausschüsse der Deputiertenkammer behandeln, um eine Aufbesserung der Lehrergehälter mit einer einprozentigen Steuer auf Kraftfahrzeuge zu finanzieren, hat die Wirtschaftsführung den Kongress darum ersucht, die im Projekt eingebaute Garantie des nationalen Schatzamtes herauszunehmen, die bei angenommenen \$ 700 Mio. zu einem Defizit von schätzungsweise \$ 450 Mio. führen würde, weil die Steuer entsprechend weniger einbringen wird.

- Im gegenwärtigen Krisenumfeld würde die Verzögerung der Steuerreform ein denkbar schlechtes Signal setzen.

- Dem Wunsch zahlreicher Branchenvertreter, dass die Regierung Schutzmassnahmen gegen asiatische Billigimporte einführe, werde nicht entsprochen werden, weil solche Massnahmen die Finanzmärkte verunsichern würden.

- Vorbeugende Massnahmen für den Krisenfall sind längst mit der Solvenz des Bankensystems und der Umstrukturierung der Fälligkeiten der Staatsschulden getroffen worden.

- Die Folgen der Finanzkrise für Argentinien beschränken sich auf eine Zinsanhebung von rund einem Prozent per annum und schwierigerer Plazierungen von Schuldverschreibungen im Ausland für argentinische Unternehmen.

- Das BIP-Wachstum für 1998 kann durchaus bei 5,5%, 5,8% oder 6,0% liegen. Im ersten Quartal nahm das BIP um 6,9% zu, im zweiten laut provisorischen Schätzungen 5,2%, welcher Satz saisonbereinigt höher als der des ersten Quartals war.

- In der weltweiten Finanzkrise ist Asien ungleich gefährlicher als Russland hinsichtlich der Wirkungen auf die gesamte Wirtschaft.

- Die Ausgaben der öffentlichen Hand wurden bereits um \$ 1,0 Mrd. gekürzt und werden 1999 nicht zunehmen.

- Im Fall, dass weder die Reform der Arbeitsgesetzgebung noch die Steuerreform im Kongress verabschiedet werden, dürfte in den Beziehungen mit dem IWF ein Problem auftauchen, weil ein schlechtes Signal ausgegeben werden würde.

- Die Steuereinnahmen waren in den beiden letzten Monaten (Juni und Juli) besser als erwartet, werden aber im ganzen Jahr 1998 unter dem Plansoll des Haushalts liegen.

die Gewerkschaftskassen vor.

\*\*\*

Laut ZB-Angaben sind 93% aller Kontokorrent-, Spar- und Fristeinlagen ganz oder teilweise durch die ZB-Depositengarantie gedeckt. 100%ige Deckung geniessen 66%. Die 7%, die ungedeckt sind, haben ihre Depositen bei Banken, die höhere als die von der ZB festgelegten Höchstsätze anbieten. Die Garantie gilt bei Einlagen bis zu 89 Tagen bis \$ oder US\$ 10.000, für längere Fristen bis \$ oder US\$ 20.000. Die ZB-Höchstsätze sind derzeit für Fristdepositen bis 89 Tage, in \$ 9,1%, in US\$ 8%; für 90 Tage und mehr, 8,26% bzw. 7,91%. Für Sparkonten in \$ 5,53%, in US\$ 4,7%. Auf Kontokorrenteinlagen 2%. Zur Sicherung des Systems wurde nach der Tequilakrise

1995 ein Pflichtbeitrag der Banken an die Sedesa festgelegt, der rd. \$ 22 Mio. im Monat ausmacht.

\*\*\*

Die australische Minera Alumberra, die in Catamarca das derzeit grösste Kupfer- und Goldvorkommen des Landes ausbeutet, hat die US-Baufirma Fluor Daniel vor einem Bundesgericht in New York wegen Überpreisen bei Bauarbeiten in der Mine verklagt. Es gehe, Minera-Präsidentin Fields zufolge, um rd. US\$ 400 Mio. Die veranschlagten Gesamtkosten von US\$ 798 Mio. hätten bei der Übergabe US\$ 1,2 Mrd. betragen. Der Prozess würde den Betrieb der Mine, die programmgemäss exportiere, nicht beeinflussen. Trotz des Preisverfalls in den letzten 12 Monaten, beim Gold von

US\$ 350 auf US\$ 285 pro Unze und bei Kupfer von US\$ 2.150 pro t auf US\$ 1.612, sei ein bedeutender Anteil der Lieferverträge langfristig und würden von ihm nicht beeinflusst.

\*\*\*

**Campo Acquisition Corporation, mit Sitz auf den Cayman Inseln, hat 20 Mio. Alpargatas-Aktien mit \$ 1 Nennwert, zum Kurs von je \$ 0,11, erworben. Das sind 7,46% des Kapitals, womit die Firma nun 8,19% hält.** Campo Acquisition erklärte der Nationalen Wertschriftenkommission, sie wolle keineswegs ihre Beteiligung vergrössern oder die Kontrolle von Alpargatas übernehmen.

\*\*\*

**Mit US\$ 60 Mio. Investition hat Danone SA, das Joint venture der französischen Danone (51%) und Mastellone Hnos. (La Serenisima) (49%) ihr erstes Industrieunternehmen, im Vorort Longchamps, eingeweiht. Es kann 200.000 Jato Yoghurt, Nachspeisen und Streichkäse produzieren.** R. Vincent, Generaldirektor von Danone, erklärte dazu, man sei hier nun in den 3 weltweiten Hauptsparten des Konzerns tätig. Kekse, mit Bagley, Mineralwasser, mit Villa del Sur und Molkereiprodukte, mit Mastellone.

\*\*\*

**Mastellone Hnos. sucht Mittel für die Vollendung von 25 in Bau befindlichen Vorhaben.** Präsident Pascual Mastellone erwähnte die Möglichkeit, an die Börse zu gehen oder Partner aufzunehmen.

\*\*\*

**Die Bilanz der Hypothekenbank wies im 1. Halbjahr \$ 109,26 Mio. Gewinn aus, um 7,06% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.** Die Bankaktiven legten um 19,52% auf US\$ 4,5 Mrd. zu, ihr Nettovermögen um 4,82% auf US\$ 2,38 Mio.

\*\*\*

**Die Überwachungsbehörde für Arbeitsrisiken hat mit Beschluss 77/98 verfügt, dass vorübergehend eingestellte Landarbeiter in einer Arbeitsrisiko-Versicherung ART eingetragen werden müssen.**

\*\*\*

**Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat der brasilianischen Tochter des US-Elektrizitätskonzerns AES Corp. einen US\$ 132,8 Mio. Kredit für den Bau eines kombinierten 600 MW Gas/Dampf Wärmekraftwerkes gewährt.** Es soll in Uruguayana, im Giedstaat Río Grande do Sul, errichtet und mit Erdgas aus Argentinien gespeist werden. (AFP)

\*\*\*

**Das Gerbereiunternehmen Yoma hat eine Gläubigerversammlung einberufen und damit verhindert, dass die Banken de la Nación, de la Provincia de Buenos Aires und Ciudad, denen sie rd. US\$ 140 Mio. schuldet, die Versteigerung beantragen können, bzw. dass ihr Betrieb eingestellt wird.** Theoretisch

kann bis zum 16.12. auf einen möglichen Käufer von 51% des Unternehmens gewartet werden. Jedenfalls beginnt nun ein komplexer Amtsweg vor der Justiz.

\*\*\*

**Shell hat weiter in der Forstwirtschaft investiert. Für US\$ 21 Mio. hat sie die Länderei Garuchos, 9.211 ha mit 4.500 ha zum Teil fällungsreifem Fichtenwald mit 25 Jahre alten Bäumen, in Santo Tomé, Provinz Corrientes, erworben, zu denen noch US\$ 2 bis 3 Mio. für finnische Maschinen und Anlagen hinzukommen.** Damit hat Shell rd. US\$ 35 Mio. in 24.000 ha Forstland investiert. Die Investitionen von Shell in der argentinischen Forstwirtschaft begannen, nachdem sie bereits mit rd. 160.000 ha in Chile, Uruguay und Paraguay gute Erfahrungen gemacht hatte.

\*\*\*

**Das Schlachthaus Cepa der Garovaglio & Zorraquín Gruppe hat das Unternehmen Quickfood für US\$ 25,17 Mio. bar und 16,5% seiner Aktien von der Familie Bameule erworben. Damit wird Cepa, mit 6% Anteil, zum grössten Schlachthaus des Landes, das US\$ 500 Mio. im Jahr umsetzt und für US\$ 300 Mio. exportiert.** Es hat 20% Anteil an der Hilton-Quote, 25% von der Einfuhrquote der USA, in Argentinien 50% Marktanteil bei Hamburgern und 15% bei Würstchen. In 10 Fabrikanlagen werden die Marken Paty, Patynesa, Barny, Faty und Masterbeef erzeugt. Cepa produziert auch Viehprotein, eigene Verpackungen und vertreibt Leder.

\*\*\*

**Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) deckte im 1. Halbjahr Steuerhinterziehungen von \$ 85 Mio., ohne Zinsen und Bussen, in Fremdenverkehrs-, Transport- und Gaststättenunternehmen auf.** Wie AFIP-Koordinator M. Ramos weiter erklärte, würden die Beträge nur durch die Bussen, ohne Zinsen mitzurechnen, um 30% bis 200% grösser werden, was einen Mindestbetrag von \$ 121 Mio. erbege.

\*\*\*

**Zwischen Ende September und Mitte Oktober sollen mindestens 25% der Hypothekenbank zum Verkauf angeboten werden, um den internationalen Investoren einen Vertrauensbeweis zu geben.**

\*\*\*

**Die mexikanische Staatsbank Banamex gab eine Kapitalaufstockung von US\$ 40 Mio. bei der Bansud Bank bekannt.** Damit erhöhe sie ihre Beteiligung von 57% auf 60%.

\*\*\*

**Ausser dem Prozess wegen Steuerhinterziehung und Betrug am Staat, hat ein anderes Gericht gegen den Fleischnunternehmer Samid eine Kautions von \$ 3 Mio. ohne Arrest verfügt.** Er soll beim Verkauf des Schlachthaus Faraón Aktien gefälscht haben um beim Verkauf als

## Rindfleischinführen

Das Landwirtschaftssekretariat gab die Zunahme der Fleischinführen im ersten Halbjahr 1998 um 121% nach Gewicht und um 208% nach Wert auf 12.449 t bekannt. Der Durchschnittspreis betrage US\$ 1.592 pro Tonne. Die Einführen von Lebendvieh nahmen im gleichen Zeitraum auf das Zehnfache zu. In den nächsten Wochen würden 7.000 bis 8.000 t, bis Jahresende insgesamt rund 40.000 t, aus Neuseeland und Australien erwartet. Die Einführen des ganzen Jahres 1998 würden ungefähr 4% der Schlachtungen eines Monats in Argentinien entsprechen. Bisher habe man aus Uruguay, Paraguay, USA und Brasilien eingeführt. Im Juni wurde die Einfuhr billiger Fleischsorten zur Verarbeitung, vorwiegend für die Ausfuhr um bestehende Lieferverträge zu erfüllen, mit Verschiffungen hochwertiger Schnitte wie Lungenbraten, Steaks u.a. erweitert. Trotz Frachten und Zöllen sei das ausländische Fleisch um 20% billiger als das argentinische. Die hohen Inlandspreise seien auf mangelndes Angebot zurückzuführen, da angesichts der Preislage viele Landwirte auf Weideland Getreide gesät und ihre Viehbestände dementsprechend verringert hätten. (AFP u.a.)

Alleininhaber auftreten zu können.

\*\*\*

**Das Landwirtschaftssekretariat rechnet für das Erntejahr 1998/99 mit einer Weizenaussaat von 4,98 Mio. ha, um 15,9% weniger als im Vorjahr. 4,5 Mio. ha davon seien bereits gesät.** Grund für den Rückgang sei das internationale Preisgefüge bestimmend. Die Endabrechnung des Erntejahres 1997/98 erbege für Getreide und Baumwolle 66,33 Mio. t, etwas mehr als die vorausgesagten 66,26 Mio. t.

\*\*\*

**Leiter von 12 Grossunternehmen mit spanischem Kapital haben Präsident Menem Investitionspläne für insgesamt US\$ 4 Mrd. zwischen 1998 und 2001 bestätigt.** Seit Beginn dieses Jahrzehnts haben diese Unternehmen bereits rd. US\$ 8 Mrd. in Argentinien investiert. 1994/97 haben Unternehmen mit spanischer Kapitalmehrheit mit US\$ 6,48 Mrd. und 20% des gesamten ausländischen Investitionen, den 2. Platz als Investoren in Argentinien eingenommen, wie die Stiftung Invertir bekanntgab. (AFP)

\*\*\*

**Nächste Woche wird das Dekret unterzeichnet, das der Gesundheitsanstalt für Rentner, genannt PAMI, erlaubt, einen Kredit von \$ 500 Mio. aufzunehmen.** Dabei sollen Angebote von lokalen und ausländischen Banken gefordert werden. Der Kredit soll Garantie des Schatzamtes haben. Mit den Mitteln aus diesem Kredit wird ein Teil einer auf \$ 840 Mio. bezifferten Schuld des PAMI beglichen, so dass dann nur die kurzfristige Schuld verbleibt, die normal gezahlt wird. Wegen der unbezahlten Forderungen gegenüber dem PAMI drohten Unternehmen, die Dienste bieten, diese einzustellen. Im Wesen handelt es sich somit um die Umwandlung kurzfristiger Schulden in eine einzige mittelfristige.

\*\*\*

**Durch Dekret 963/98 (Amtsblatt vom 20.8.98) wurde der Verkauf von importierten Waren erlaubt,**

**die sich in der Freihandelszone von Puerto Iguazú, Misiones, befinden.** Die Waren dürfen nur an ausländische Touristen verkauft werden, ohne Zoll und Steuern. Die Freihandelszone wurde somit in einen „Free shop“ umgewandelt.

\*\*\*

**Die Firma Refinería San Lorenzo S.A., die eine Erdölraffinerie von YPF gekauft hat, die sich in San Lorenzo, Provinz Santa Fé, befindet, hat ein Investitionsprogramm für US\$ 92 Mio. beendet, das zweiinhalb Jahre in Anspruch genommen hat.** Die Kapazität der Raffinerie beträgt jetzt 6.000 cbm. täglich und die Asphaltfabrik erzeugt 20 Tonnen pro Stunde. Das Programm schloss auch eine Anlage für Wasseraufbereitung und eine Transformatoranlage für Strom von 132 KV und 10 MVA, sowie eine Anlage zur Behandlung der Abwässer ein.

\*\*\*

**Ein Beschluss des Arbeitsministeriums hat Änderungen der Kollektivverträge als rechtmäßig erklärt, durch die alle Brauereien den gleichen Rahmenbedingungen unterworfen sind, auch wenn sie der Argentinischen Brauereikammer nicht angehören.** Das verpflichtet CASA Isenbeck und Brahma mit den Gewerkschaften einen Jahresbeitrag an diese auszuhandeln, der im Vorjahr 1% des Bruttoumsatzes ausmachte. Die beiden Brauereien haben beim Arbeitsamt angesucht innerbetriebliche Gewerkschaften anerkennen zu dürfen und nicht der Facta (Federación Argentina de Trabajadores Cerveceros y Afines) unterworfen zu sein. Im Prozess, den die Facta gegen die Brauereien wegen Zahlung der Beiträge seit 1994 führt, gab die 1. Instanz den Brauereien recht, das Arbeitsgericht 2. Instanz der Gewerkschaft und nun muss der Oberste Gerichtshof einschneiden.

\*\*\*

**Die Pescarmonagruppe, Mendoza, hat ihre Beteiligung am argentinischen Eisenbahn-Güterverkehr, die Strecken Buenos Aires als**

**Pacífico und Mesopotámico-General Urquiza den brasilianischen FSA und FCA für U\$S 53,5 Mio. verkauft.** Die endgültige Übernahme soll in 6 bis 12 Monaten abgeschlossen werden, damit die Brasilianer, die schwerpunktmässig den Eisenbahn-Güterverkehr in Mittel- und Südbrasilien betreiben, den Eisenbahnkorridor S. Paulo-Buenos Aires-Santiago de Chile voll ausbauen können. FSA verbindet derzeit hauptsächlich S. Paulo, Curitiba, Porto Alegre und Uruguayana, FCA verbindet die Gliedstaaten Bahia und Minas Gerais.

\*\*\*

**Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) gab mit seinem Beschluss 185 bekannt, dass für die Mitagessen-Gutscheine, die Unternehmen ihren Angestellten aushändigen, ab 1.9.98 statt 6% nun 17% MWSt. einbehalten werden müssen.** Man habe den Einsatz der Scheine für Betätigungen festgestellt, für die sie ursprünglich nicht vorgesehen waren. Die 6%ige Einbehaltung bleibt für Lebensmittel-Gutscheine in Kraft, die in Supermärkten und Lebensmittelgeschäften an zahlungsstatt gegeben werden. Die Einbehaltungen müssen von den Dienstleistungsbetrieben, die die Zahlung entgegennehmen, durchgeführt werden.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung gab den Aufschub des Verkaufsangebotes der 70,6 Mio. YPF-Aktien, 20,68%, die sich noch in Staatshänden be-**

<b>Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank</b>								
(in Milliarden Pesos)								
	<b>29.6.98</b>	<b>6.7.98</b>	<b>13.7.98</b>	<b>20.7.98</b>	<b>27.7.98</b>	<b>3.8.98</b>	<b>10.8.98</b>	<b>14.8.98</b>
Gold, Devisen u. Anlagen	23,00	23,40	23,60	23,18	22,88	22,71	22,62	23,05
Staatspapiere	1,71	1,72	1,73	1,75	1,75	1,83	1,79	1,74
Internat. Reserven ZB	24,71	25,12	25,34	24,93	24,62	24,54	24,41	24,80
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,75	8,95	9,14	9,24	9,85	9,37	9,41	8,97
Währungsreserven des Finanzsystems	32,46	34,07	34,48	34,17	34,47	33,92	33,82	33,77
Notenumlauf	14,86	15,98	16,20	15,89	15,49	15,74	16,09	15,69
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,01	0,04	0,05	0,05	0,01	0,02	0,04	0,03
Monetäre Passiven	14,87	16,02	16,25	15,94	15,50	15,76	16,12	15,72
Nettosaldo Swaps	7,86	7,05	7,00	6,91	7,04	6,78	6,26	7,09
Depositen der Regierung	0,24	0,91	1,18	1,10	1,78	2,06	2,40	0,78
Finanzpassiven	22,73	23,07	23,26	22,85	22,54	22,54	22,38	22,81

Quelle: Zentralbank

**finden, bekannt.** Bei Bekanntgabe der Verkaufsabsicht, notierten die Aktien zu \$ 34. Heute stehen sie mit \$ 24 zu Kurs.

\*\*\*

**Das Transportsekretariat hat dem Autobusunternehmen Fournier, die im Raum Gross Buenos Aires die Buslinien 56, 86, 97 und 193 betreibt, wegen \$ 31 Mio. Steuerschulden die Betriebslizenz entzogen.** Der Busdienst wird von anderen Betreibern provisorisch aufrechterhalten. Etliche Busse des Unternehmens sollen ausserdem das zulässige Höchstalter von 10 Jahren überschritten haben.

\*\*\*

Standort	in % Gegenüber		
	Vortag	Vormonat	Vorjahr
Buenos Aires	-2,53	-25,58	-44,55
Sant.de Chile	-0,80	-14,86	-39,89
Seoul	-3,47	-20,27	-29,32
Mexiko	+3,27	-20,72	-26,33
S. Paulo	+0,38	-21,72	-23,77
Tokio	+1,82	-9,09	-20,89
New York	+1,63	-6,25	+11,68
London	+3,31	-8,59	+16,82
Frankfurt	+2,06	-9,76	+23,97
Paris	+3,50	-5,62	+43,66